

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Mittwoch, 14. Dezember 2005, 20.00 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer

Protokoll Gemeindeschreiber Walter Lipp

Anwesend Alle Gemeinderäte

Stimmzähler Leo Truttmann (Obmann)
Hansjörg Herrmann
Jenny Beeler
Primo Egli
Monika Stettler

Anwesend 270 Stimmberechtigte

Zeit 20.00 - 22.25 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 12. Juni 2006.

Das Protokoll kann im Internet eingesehen werden.

Begrüssung

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Ich begrüsse Sie herzlich zur Budgetgemeinde 2005. Wir haben heute einige Traktanden zu erledigen. Ich möchte einen speziellen Gruss an die Presse richten. Es sind dies Frau Annette Wirthlin, Herr Marco Morosoli und Herr Silvan Meier.

Als Hauptstimmzähler wirkt von Amtes wegen Herr Leo Truttmann, unser Gemeindegeweihe. Wir haben von den Parteipräsidenten Vorschläge für die Stimmzähler erhalten. Es sind dies Hansjörg Herrmann, Jenny Beeler und Primo Egli hier unten sowie Monika Stettler auf der Tribüne. Da keine Gegenanträge gestellt werden, sind diese vier Personen gewählt.

Noch einen Hinweis zum Stimmrecht. Ich bitte die Gäste, die kein Stimmrecht haben, sich kurz zu erheben. Es wären dies vier an der Zahl.

Seit der Drucklegung unserer Vorlage sind zwei Vorstösse eingereicht worden: Eine Interpellation der FDP zur Finanzkontrolle in der Gemeinde. Diese wird heute am Schluss beantwortet. Zudem wurde ebenfalls von der FDP eine Motion eingereicht, welche eine Änderung der Gemeindeordnung verlangt. Über die Erheblicherklärung derselben wird voraussichtlich an der nächsten Gemeindeversammlung abgestimmt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich erwähnen, dass die nächste Gemeindeversammlung im Juni stattfinden wird. Die März-Gemeinde wird nicht durchgeführt.

Wir haben rechtzeitig eingeladen. Hiermit möchte ich die Gemeindeversammlung offiziell eröffnen. Wir werden uns nach der Langfassung richten und die Traktanden in dieser Reihenfolge abhandeln. Falls niemand eine andere Meinung hat, werden wir so vorgehen.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2005

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Das Protokoll wurde ab dem 18. November 2005 ordnungsgemäss zur Einsichtnahme aufgelegt.

Antrag

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2005 sei zu genehmigen.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Traktandum 2

Finanzplan 2006 - 2010

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir kommen zum Traktandum 2. Es ist dies der Finanzplan 2006 - 2010. Über dieses Traktandum wird nicht abgestimmt. Der Finanzplan wird lediglich zur Kenntnis genommen. Es besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Antrag

Vom vorliegenden Finanzplan für die Jahre 2006 - 2010 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Finanzplan 2006 - 2010 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Budget 2006 - Festsetzung Steuern - Bericht des Gemeinderates - Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK)

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Bevor wir die Diskussion zum Bericht eröffnen, darf ich das Wort dem Präsidenten der RGPK erteilen

Pirmin Andermatt, Präsident RGPK:

Aufgrund des uns im Gemeindegesetz übertragenen Auftrages haben wir das Budget 2006 geprüft. Wir stellten fest, dass die Bestimmungen gemäss Finanzhaushaltgesetz sowie die Finanzkompetenzen gemäss Gemeindeordnung eingehalten worden sind. Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr sind unter den Begründungen erklärt.

Das Budget 2006 rechnet mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 3,5 Mio. Die budgetierten Aufwandsteigerungen beim Personal liegen mit plus 1,6 % erfreulicherweise unter dem Durchschnitt der letzten Jahre wie auch unter den Vorgaben des Gemeinderates von 2,5 %. Mit einer Zunahme von 7,1 % bei den Sachaufwendungen liegen wir aber weiterhin über dem Durchschnitt. In einem mehrseitigen Fragebogen verlangten wir deshalb zusätzliche Informationen zu den Mehrausgaben. Diese Informationen haben wir erhalten und dabei wurde unter anderem erwähnt, dass etliche Aufwendungen aus den Vorjahren aufgeschoben wurden und jetzt ausgeführt werden müssen, da eine weitere Verzögerung noch zusätzliche Kosten auslösen könnte. Wir hoffen aber, dass die Sachaufwendungen inskünftig keine überdurchschnittlichen Zuwachsraten mehr aufweisen werden.

Sehr erfreulich sieht die Einkommens- wie auch die Vermögenssituation der Gemeinde Baar aus. Deshalb unterstützt die RGPK einstimmig die beantragte Senkung des Steuerfusses von 70 % auf 65 % des kantonalen Einheitsansatzes. Der Voranschlag 2006 wurde auch auf diesen Grundlagen erstellt.

Die RGPK empfiehlt, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Alois Gössi:

Letztes Jahr bei der Beratung des Budgets 2005 beantragte die SVP die Reduktion des Steuerfusses. Ich sprach mich dagegen aus, ich fand es nicht an der Zeit - auch gemäss Budget 2005 - den Steuerfuss zu senken.

Für das Jahr 2006 sehe ich nun keinen Grund mehr, gegen die geplante Senkung des Steuerfusses von 70 % auf 65 % zu opponieren. Wieso dies?

- Im Jahre 2004 gab es einen Überschuss von CHF 15,4 Mio.
- Für das Jahr 2005 zeichnet sich ein Überschuss von ca. CHF 15-20 Mio. ab, dies kann hergeleitet werden aus der Vorlage des Gemeinderates auf den Seiten 7 und 8 mit den Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben für 2005 sowie den noch zu machenden Abschreibungen.

- Für das Jahr 2006 ist ein Überschuss von CHF 3,5 Mio. geplant, dies beim schon reduzierten Steuerfuss von 65 %.

Wir von der SP sind eher kritisch gegenüber Steuersenkungen eingestellt. Die sehr vermögenden und sehr gut verdienenden natürlichen und juristischen Personen profitieren ungleich mehr von Steuersenkungen. Eine Reduktion der Steuerrechnung um CHF 50.– bis 100.– schenkt nicht gleich ein wie Tausende von Franken weniger zu bezahlende Steuern. Der Mittelstand und die wenig Verdienenden werden diese Steuersenkung nur marginal spüren.

Wir haben aber klar die Erwartung, dass trotz der Steuerfussenkung nicht in eine Sparhysterie verfallen wird. Es soll weiterhin möglich sein, dass sinnvolle Projekte, Anliegen, Investitionen in Baar gestartet und umgesetzt werden. Ein solches Beispiel ist das nachfolgende Traktandum Familienergänzende Kinderbetreuung: Ein gutes Projekt, bei dem sich der Kredit lohnt.

Noch ein paar Worte zur zurückgezogenen CVP-Motion für eine Senkung des Steuerfusses. Die CVP begründete ihre Motion unter anderem damit, dass mit einer Steuerfuss-Senkung keine Begehrlichkeiten geweckt werden sollen. Wenn wir jetzt die Traktandenliste anschauen, so kommen zwei Anliegen - direkt oder indirekt - von der CVP: die Aufbahrungshalle in Allenwinden und die Familienergänzende Kinderbetreuung. Allzu konsequent ist die CVP nicht, da sie selber Begehrlichkeiten weckt.

Ich habe noch zwei Fragen zum Budget 2006:

- Anschaffung eines Konzertflügels für CHF 50'000.-: Ich bin nicht gegen diese Anschaffung, aber sie ist in der falschen Rechnung. Sie würde in die Investitionsrechnung, zum Investitionskredit Musikschulhaus gehören.
- Ausgabe von CHF 180'000.- für die Erweiterung des Bedarfsparkplatzes bei der Waldmannhalle: Ist dies wirklich nötig? Wird hier nicht das Angebot nach den Spitzenzeiten ausgerichtet? Im Normalfall ist das bestehende Angebot an Bedarfsparkplätzen doch genügend.

Alles in allem ist die SP Baar für die Annahme des Budgets 2006 sowie für die Senkung des Steuerfusses auf 65 %.

Heini Schmid:

Mit Genugtuung nimmt die CVP Baar das Budget 2006 zur Kenntnis. Das Wachstum des Aufwandes, insbesondere des Personalaufwandes, scheint unter Kontrolle zu sein und die Steuereinnahmen entwickeln sich sehr erfreulich. So darf Ende 2006 wahrscheinlich mit einem Nettovermögen von CHF 10 Mio. gerechnet werden.

Diese erfreulichen Aussichten war auch der Grund, dass die CVP Baar ihre Motion "Steuerreduktion um 3 %" eingereicht hat. Mit dem Antrag des Gemeinderates, in den nächsten drei Jahren eine Senkung von 5 % vorzunehmen, sehen wir unser Ziel, keine Steuern auf Vorrat zu erheben, als erfüllt an und danken dem Gemeinderat für seinen Antrag.

Die CVP Baar beantragt Ihnen darum, den Anträgen des Gemeinderates zum Budget 2006 zuzustimmen.

Noch eine kleine Replik zur SP: Wir haben diese Motion eingereicht, weil wir der Überzeugung sind, dass wir eine sehr gute Finanzlage haben. Wir prognostizieren einen Überschuss von CHF 3,5 Mio. Wichtig war uns, dass nicht Steuern auf Vorrat erhoben werden. Aber für sinnvolle Ausgaben - insbesondere für solche, die uns allen Nutzen bringen - ist die CVP nach wie vor. Und wer die CVP kennt, weiss, dass es uns nie darum geht, den Staat kaputt zu sparen. Wir sind der Meinung, dass - wenn der Staat zu viel Geld, insbesondere zu viele Reserven hat - die Haushaltsdisziplin nachlässt.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Danke Heini Schmid. Er sagte, es scheine so, als ob wir die Ausgaben im Griff hätten. Es scheint nicht nur so, es ist so!

Zum Steuerfuss 65 % möchte ich eine Bemerkung machen: Sie haben vielleicht gehört, dass gestern der Grosse Gemeinderat in Zug ebenfalls unserem Antrag gefolgt ist.

Berty Zeiter:

Im Namen der SGA Baar stelle ich den Antrag, den Steuerfuss auf 70% des kantonalen Ansatzes zu belassen.

Ich verstehe den Gemeinderat gut, dass er die Steuern senken will. Er hat seine Argumente in der Vorlage dargelegt. Ich verstehe auch, wenn sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dieser Meinung anschliessen. Denn wer zahlt schon gerne Steuern? Das mit dem Zuger Grossen Gemeinderat haben wir alle gelesen. Aber gleich daneben stand auch der Kommentar des Journalisten, welcher darauf aufmerksam gemacht hat, dass dieser Beschluss, den die Zuger Bürgerlichen durchgeboxt haben, mehr mit Blick auf die Wahlen gefasst wurde, als mit Weitsicht.

Darum möchte ich auf drei Zusammenhänge hinweisen, die zeigen, dass Steuersenkungen letztlich für den Grossteil der Baarer Bevölkerung mehr Nachteile als Vorteile bringen.

1. Wir wissen nicht, wie hoch der Betrag ist, den der Kanton Zug und die Gemeinden für die NFA dem Bund abgeben müssen. Die Höhe dieses Finanzausgleichs bemisst sich nicht nach den vorhandenen Steuererträgen, sondern nach dem vorhandenen Potenzial, also nach der vorhandenen Finanzkraft und den Ressourcen. Das heisst, je mehr gute Steuerzahler wir mit einem tiefen Steuerfuss anziehen, desto höher wird der Beitrag, den wir dem Bund abgeben müssen.
2. Niedrige Steuern locken zahlungskräftige private und juristische Personen nach Baar. Das ist ja der Sinn. Dadurch werden unser Boden und unser Wohnungsangebot noch knapper, unsere Preise für Eigentumswohnungen und die Mietzinsen steigen. Diese Kosten aber gehen uns Normal- oder gar Wenigverdienenden stärker ans Portemonnaie als die Steuerrechnung. Die Miete müssen Sie zwölf Mal pro Jahr bezahlen, die Steuerrechnung nur ein Mal. Unsere steuerliche Attraktivität hat auch negative Auswirkungen auf unsere Lebensqualität, indem unsere Verkehrsdichte noch mehr zunimmt, die Strassen werden noch verstopfter, der Erholungsraum wird noch knapper.
3. Wenn wir mit unserem Steuerfuss runtergehen, setzen wir die anderen Zuger Gemeinden unter Druck. Entweder müssen sie damit rechnen, gute Steuerzahler an uns zu verlieren oder sie senken ihren Steuerfuss, um konkurrenzfähig zu bleiben: So oder so fehlt danach in den öffentlichen Haushalten Geld, welches dann wieder wettgemacht werden muss mit dem Abbau von Leistungen für die ganze Bevölkerung oder mit höheren Gebühren. Dies trifft wiederum die finanzschwachen Teile der Bevölkerung umso mehr.

So geschieht mit der Zeit eine Zersetzung der Solidarität in unserer Gesellschaft. Wir alle helfen den Vermögenden oder den sehr gut Verdienenden Steuern zu sparen, aber den öffentlichen Haushalten fehlt danach das Geld, um die finanziell Schwächeren zu stützen.

Soweit die grundsätzlichen Überlegungen, warum wir die Höhe des Steuerfusses gleich belassen wollen wie bis anhin. Ich will noch kurz Stellung nehmen zu den aufgeführten Argumenten des Gemeinderates im Finanzplan:

Seite 4 der ausführlichen Vorlage, Punkt 6 der Erläuterungen: Der Gemeinderat spricht da selbst davon, dass 2009 und 2010 der Steuerfuss wieder nach oben angepasst werden muss. Um Konstanz zu markieren, sollte der Steuerfuss darum jetzt beibehalten werden. Konstanz

heisst nämlich, dass der Finanzhaushalt mittelfristig ausgeglichen zu gestalten ist. Gemäss dem Finanzhaushaltgesetz dürfen über einen Zeitraum von drei bis sieben Jahren die Ausgaben über den Einnahmen - oder wie in Baar - die Einnahmen über den Ausgaben liegen.

Im gleichen Abschnitt gibt der Gemeinderat auch bekannt, dass die NFA-Belastung zusätzliche Sparanstrengungen nötig machen wird. Das ist doch die Illustration für den dritten Zusammenhang, den ich vorhin dargelegt habe: Die Wenig- oder Durchschnittlichverdienenden müssen dafür bluten, dass es den wenigen Superreichen bei uns so wohl sein darf. Das meine ich mit dem Zerbröckeln der Solidarität zwischen Stärkeren und Schwächeren in unserer Gesellschaft.

Zum Schluss will ich auf die **Skizze Seite 21 in der ausführlichen Vorlage, Mitte**, verweisen: Juristische Personen haben dieses Jahr ein wortwörtliches Spitzenergebnis ermöglicht. Da will ich darauf hinweisen, dass Baar von einigen sehr grossen juristischen Personen profitiert, die sich das Gefälle zwischen unserer Ersten Welt und der Dritten Welt zunutze machen. Da diese Geschäfte aber sehr abhängig sind von der Weltwirtschaft, können diese Steuereinnahmen auch sehr rasch wieder fallen, und Prognosen können nur kurzfristig gemacht werden.

Ich bin überzeugt, dass es sich lohnen wird für unser Zusammenleben in Baar und innerhalb des Kantons Zug, wenn wir der Solidarität untereinander oberste Priorität einräumen.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der SGA auf Beibehaltung des Steuerfusses zu unterstützen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Danke Berty Zeiter. Wir werden den Antrag am Schluss dem Antrag des Gemeinderates gegenüberstellen.

Wenn keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, gehen wir ins Detail. Wir gehen nun das Budget Abteilung für Abteilung durch. Wer etwas zu bemerken hat, soll sich entsprechend melden.

Die Frage von Alois Gössi zum Flügel kann sofort beantwortet werden. Der Flügel für CHF 50'000.– ist im Budget der Laufenden Rechnung und nicht im Investitionsplan enthalten. Das ist richtig. Es ist kein Investitionsposten, welcher in das Projekt Schule/Musikschule Dorf-matt passt. Er ist dort nicht vorgesehen. Wir wollen transparent bleiben und sagen, dass in dieses wunderbare Schulhaus ein Flügel gehört. Daher wird er Ihnen mit dem Budget der Laufenden Rechnung beantragt.

Die Frage nach dem Bedarfsparkplatz wird Gemeinderat Paul Langenegger beantworten.

Gemeinderat Paul Langenegger:

Sie kennen alle die Parkplatzbewirtschaftung bei der Waldmannhalle. Wir haben zwischen Lorze und Autobahn einen Parkplatz. Hinter dem Jugendpavillon befindet sich noch eine Wiese, welche für einen Bedarfsparkplatz vorgesehen ist. In letzter Zeit haben wir sehr viele Anfragen von Militär, welches in der Zivilschutzanlage Wiesental Quartier beziehen möchte. Warum kommt das Militär ausgerechnet nach Baar? Wir haben im Wiesental eine Anlage, welche über 200 Personen beherbergen kann. Das wird momentan in der Schweiz sehr gesucht. Die meisten kommen mit vielen Militärfahrzeugen und daher reicht der bestehende Parkplatz nicht mehr aus. Der Bedarfsparkplatz, den wir für CHF 180'000.– bauen würden, wäre nicht nur für das Militär, sondern auch für Leute, die in der Waldmannhalle ein- und ausgehen. Sei es anlässlich von Konzerten oder Sportveranstaltungen. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass der Parkplatz ausgeführt werden sollte.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Hier sieht man schön, wie wir vernetzt sind. Die Abteilung Planung / Bau wird den Parkplatz erstellen, die Abteilung Gesundheit / Sicherheit liefert die Begründung und die Bewirtschaftung erfolgt dann durch die Abteilung Liegenschaften / Freizeit. Das ist nicht etwa eine Verzettlung der Kräfte, sondern wir sind sieben Abteilungen, die eine Einheit bilden.

Wir kommen zu den Anträgen. Wir haben einen Abänderungsantrag der SGA für den Steuerfuss von 70 % statt 65 % des kantonalen Ansatzes. Ins erste Mehr kommt der Antrag des Gemeinderates (65 %), ins zweite Mehr der Antrag der SGA (70 %).

Antrag

Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2006 wie folgt zu erheben:

Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 65 % des kantonalen Ansatzes.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates auf 65 % wird mit grossem Mehr angenommen.

Antrag

Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2005 wie folgt zu erheben:

Hundesteuer: CHF 40.-; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 20.-.

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Antrag

Das Budget 2006 sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Budget wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 4

Hilfe für Minenopfer in Kambodscha

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Nachdem keine Wortbegehren gestellt werden, kommen wir zur Abstimmung.

Antrag

Aus der Laufenden Rechnung 2005 sei zu Gunsten der Mine-Ex-Stiftung für die Minenopfer in Kambodscha ein Betrag von CHF 180'000.– zu genehmigen.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderates wird zugestimmt.

Traktandum 5

Konzept Familienergänzende Kinderbetreuung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Zu diesem Traktandum muss ich im Voraus noch etwas bekannt geben: Auf Seite 79 der Langfassung hat es unter lit. I einen Satz, der nicht verständlich respektive irreführend ist. Ich möchte den Druckfehler, der sich im Laufe der Vorbereitungsphase eingeschlichen hat, korrigieren. Es heisst dort "... der Gemeinderat arbeitet ein entsprechendes Tarifmodell aus. Es sollen Plätze für Kinder subventioniert werden, deren Eltern ein massgebendes Jahreseinkommen **bis** ca. CHF 100'000.– erzielen.". Nicht "von", sondern "bis"!

Genau hier haben wir vor wenigen Tagen ein weiteres Problem festgestellt. Der Vorgang in anderen Gemeinden war der gleiche und jetzt hat ein Rechtsanwalt herausgefunden, dass hier noch etwas fehlen könnte. Die Direktion des Innern teilte dann mit, dass der Antrag für das Modell auf Seite 80 erweitert werden muss mit dem Satz "Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Tarifmodell auszuarbeiten und zu erlassen.". Das heisst nichts anderes, als was man vorher gesehen hat, aber mit dem Zusatz ermächtigen Sie uns, das Tarifmodell im Rahmen der CHF 100'000.– als obere Grenze zu erarbeiten und auch zu erlassen. Das heisst, dass das Tarifmodell nicht noch vor die Gemeindeversammlung gebracht werden muss, sondern in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Dies ist die Abänderung des Antrages und die Korrektur des Druckfehlers.

Jetzt ist das Wort frei zum Bericht.

Thomas Inglin:

Das Thema familienergänzende Kinderbetreuung ist emotional belastet. Das habe ich festgestellt, als ich in Baar mit anderen Leuten darüber gesprochen habe. In der Familienkommission konnten wir das Thema sachlich angehen. Wieso braucht es subventionierte Kindertagesstätten?

Die gesellschaftliche Situation hat sich seit langem verändert: Die traditionelle Familie, in welcher der Mann arbeitet und die Frau wegen der Kinder zu Hause bleibt, gibt es immer weniger. Das ist eine gesellschaftliche Tatsache. Es gibt nicht mehr wie früher nur ein Modell für die Kinderbetreuung, bei welchem die Frau zu Hause bleibt. Es gibt verschiedene Modelle. Man darf die verschiedenen Modelle nicht gegeneinander ausspielen. Schliesslich liegt es in der Verantwortung der Eltern, wie sie die Kinderbetreuung aufteilen wollen und welche Lösung für sie die richtige ist.

Frauen sind heutzutage vielfach sehr gut ausgebildet. Es wäre volkswirtschaftlich wenig sinnvoll, wenn sie sich nach einigen Jahren aus dem Erwerbsleben zurückziehen würden. Die Investition in ihre teure Ausbildung wäre ein Stück weit vergebens gewesen. Wir dürfen auch nicht vergessen: Es gibt Mütter, die arbeiten müssen, weil sie entweder alleinstehend sind oder der Mann zu wenig verdient und gerade in solchen Situationen ist man auf eine gute Betreuung der Kinder angewiesen. Es ist doch sinnvoller, wenn gearbeitet wird, als wenn die Mutter zu Hause sitzt und Sozialleistungen bezieht.

Ein zweites Problem ist, dass es immer mehr Familien mit Einzelkindern gibt. Diese Einzelkinder sollten für das Erlernen eines angemessenen Sozialverhaltens unbedingt bereits im Kleinkindalter eine Möglichkeit erhalten, sich mit anderen Kindern regelmässig auseinandersetzen zu können. Diese Kinder sollten nicht erst in der Schule ein soziales Verhalten im Umgang mit Gleichaltrigen lernen müssen.

Wir brauchen - und da sind wir uns sicher alle einig - auch in Zukunft Kinder! Damit die Geburtenrate in der Schweiz nicht noch weiter sinkt, braucht es aber geeignete Massnahmen. Man soll sich nicht mehr zwingend zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen - beides sollte nebeneinander Platz haben.

Funktionierende und gut geführte Kindertagesstätten werden auch für den Wirtschaftsstandort Baar immer wichtiger. Viele Firmen sind darauf angewiesen, dass ihre teilweise hoch ausgebildeten Angestellten die Möglichkeit haben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

Die Familienkommission befasst sich seit rund drei Jahren mit grossem Engagement mit dem Thema der familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie hat in dieser Zeit zahlreiche Evaluationen durchgeführt und sich mit Fragen wie

- Ist es ein wirkliches Bedürfnis?
- Wie viele Horte, Krippen, Kindertagesstätten gibt es in Baar?
- Wie viele Kinder besuchen eine solche Institution?
- Welche Erfahrungen haben andere Gemeinden in dieser Beziehung?
- Was wird das Ganze kosten?
- Was macht der Bund? / Wie geht der Kanton die Sache an?

auseinandergesetzt. Alles Fragen, welche wir versuchten, zu beantworten.

Das Fazit der Analyse ist: Das Tagesheim am Sternenweg mit zwölf Plätzen ist bisher die einzige Kindertagesstätte, die von der Gemeinde finanziell unterstützt wird. Die übrigen acht KITA, die in Baar existieren, werden mit gemeindlicher Bewilligung auf privater Basis und ohne staatliche Subventionen geführt. Die meisten können nur knapp ihre Betriebskosten decken. Für viele Durchschnittsverdiener sind sie trotzdem zu teuer. Schwächen wurden sodann auch in der Qualität der bestehenden KITA gefunden. Die Plätze im Tagesheim genügen bei weitem nicht, um den sozial Schwächeren einen subventionierten Betreuungsplatz für ihre Kinder anzubieten. Die Baarer Kinder müssen deshalb oft auch in KITAs anderer Gemeinden untergebracht werden.

Entstanden ist aus dieser Arbeit das heute zur Abstimmung gelangende Konzept. Das Konzept beinhaltet und sieht vor:

- die notwendige Qualitätsentwicklung und -steigerung in den bestehenden KITA einzuleiten;
- die bestehenden Betreuungsplätze nach Möglichkeit zu erhalten;
- die Betreuungsplätze, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen, durch Subventionierung auch für finanziell schwächere Familien erschwinglich zu gestalten;
- die Eigeninitiative zur Errichtung von qualitativ guten KITAs zu fördern.
- Hierfür müssen Gelder freigesetzt werden, damit schrittweise innert dreier Jahre die Subventionierung von insgesamt 36 Krippenplätzen möglich wird, die von bis zu 70 Kindern genutzt werden können.

Im Kanton Zug sind zurzeit vier Gemeinden daran, ein ähnliches Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung zu erstellen.

Zeigen Sie Mut zur Familie mit Kindern - helfen Sie den Frauen - und es sind immer noch vorwiegend die Frauen, die Betreuungsaufgaben innerhalb der Familie wahrnehmen, dass sie ihren erlernten Beruf weiterhin ausüben können. Unterstützen Sie die sozial Schwächeren. Das tun Sie alles gleichzeitig, wenn Sie der Vorlage zustimmen!

Pirmin Andermatt, Präsident RGPK:

Wir haben von der Familienkommission gehört, mit welcher Vehemenz sie die Vorlage und ihr Konzept unterstützen. Eingangs möchte ich festhalten, dass die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission nicht gegen das Konzept ist, jedoch gegen die Vorlage. Dies, weil sie einige Fragen nicht beantwortet und gewisse Punkte nicht bis zum Schluss durchdacht sind.

Zuerst zu den gesetzlichen Grundlagen: Für die Subventionierung der familienergänzenden Betreuung besteht kein gesetzlicher Auftrag. Wenn ein wichtiger Grundsatzentscheid gefällt werden muss, so ist in unserer Gemeindeordnung unter § 10 die Mitwirkung von uns allen als Stimmbürger geregelt. Diesen Paragrafen will der Gemeinderat nun mit seinem Zusatzantrag, dass er das Tarifmodell ausgestalten darf, umgehen. In der Vorlage haben wir zum Tarifmodell nichts ausser dem Zusatz, den wir vorher gehört haben "von ca. CHF 100'000.-- Einkommen". Die RGPK hat sich die Mühe gemacht, die drei Entwürfe eines solchen einkommensabhängigen Tarifmodells zu diskutieren und in einem vierten Entwurf zu zeigen, wie wir das sehen würden, um eine maximale Wirkung mit dem gegebenen Betrag zu erzielen.

Das erste Modell stammt von der Familienkommission, aufgelegt im Januar 2005, beginnend mit einem Einkommen von CHF 35'000.--. Darunter bleibt der Sockelbeitrag der Eltern gleich. Die Bandbreite beträgt hier CHF 35'000.-- bis CHF 195'000.--. Erst nachher ist der Beitrag 100 %.

Das zweite Modell ist ein Entwurf der Familienkommission anlässlich ihres Schlussberichts vom September 2005. Hier beginnt man bei einem Einkommen von CHF 45'000.-- und einer Obergrenze von CHF 135'000.--. Ich gehe nicht ins Detail. Ich möchte nur aufzeigen, wie breit das Spektrum geht.

Der dritte Entwurf stammt vom Gemeinderat, beginnend mit einer maximalen Subventionierung von 85% bei CHF 25'000.-- und bis CHF 100'000.-- gehend. Die Linie auf der Folie ist bewusst nicht bei CHF 100'000.-- angesetzt, da man noch 10 % Einkommen dazurechnen kann.

Der vierte Teil ist der Entwurf der RGPK. Wir sehen nicht ein, weshalb das Einkommen von CHF 25'000.-- an progressiv ansteigend subventioniert werden muss. Beim Tarifmodell muss irgendwo mit einem Sockelbeitrag begonnen werden, das heisst maximal 50 % sei zu subventionieren und mehr nicht. Dies bis zu einem Einkommen von CHF 55'000.--. Anschliessend wird der Subventionsbeitrag der Gemeinde degressiv.

Warum dies? Wir haben vorhin von 12 bzw. 24 Krippenplätzen gesprochen und 36 Plätzen ganz am Ende der Periode. Wenn wir jetzt aber bis zu 85 % oder im Durchschnitt 65 % der Krippenplätze subventionieren, dann geht sehr viel Geld für einzelne Plätze verloren. Die Mehrheit der Einkommen wird dadurch gar nicht mehr begünstigt. Einzelne Plätze erhalten sehr viel, die Mehrheit bekommt nichts. Wir schlagen daher vor, das Modell entsprechend anzupassen.

Anhand der Folien möchte ich noch weitere Punkte ansprechen:

Zuerst einmal die Substituierung der Sozialhilfe, welche ich bereits erwähnt habe sowie die Definition von "Mittelschicht" oder "mittleres Einkommen" oder "Durchschnittseinkommen". Die RGPK hat das Durchschnittseinkommen bei 85'000.-- angesetzt, eine erste Version der Familienkommission geht von 185'000.-- aus. Irgendwo dazwischen sollte oder darf der Gemeinderat jetzt entscheiden, wo der Durchschnitt wirklich liegt. Das sehen wir nicht so, da müssen mehr Personen darüber entscheiden. Zu der Situation der CHF 85'000.--, welche die RGPK stellt. Dies haben wir bereits im Entwurf zur Vorlage im Mai 2005 moniert und auch bei dieser Vorlage noch einmal. Anlässlich der Sitzung vom 29. November 2005 wurde dem Präsident der RGPK von der Abteilung Soziales vorgelegt, wie sich die Subventionierung bei einem Einkommen von CHF 100'000.-- darstellt. Es war ernüchternd, dass selbst bei einem Einkommen von CHF 100'000.-- mit zwei Kindern, die man in die Krippe schickt, nicht mehr viel übrig bleibt. Schon alleine aus dem Grund müsste bei der Einkommensgrenze von CHF 100'000.-- ein Fragezeichen gesetzt werden.

Über das Betreuungsangebot haben wir auch Diverses gehört:

Auf Seite 77 wird erwähnt, dass die Gemeinde Baar nicht von der Anstossfinanzierung des Bundes profitieren kann, weil die Voraussetzungen fehlen. In Absatz K "Einbezug der Wirtschaft" wird die Wichtigkeit eines vorhandenen Angebotes an familienergänzender Kinderbetreuung für das Gemeindemarketing betont - Stichwort Standortattraktivität!

Der Gemeinderat selbst hat sich auch zum Ziel gemacht, den Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote zu fördern. Mit dieser Vorlage werden aber keine neuen Krippenplätze geschaffen. Die drei Punkte sind zwar gut geschrieben, aber sie sind kein Beitrag zur Bildung neuer Plätze. Wieso eigentlich nicht? Denn genau mit der Ausweitung des Betreuungsangebotes könnte nämlich auch die Anstossfinanzierung des Bundes von CHF 5'000.– pro Krippenplatz abgeholt werden. Eine Antwort auf diese Frage liegt bestimmt darin, dass die Anforderungen oder besser gesagt die Qualitätsstandards an eine Krippenleitung noch gar nicht definiert sind. Dies ist auch nicht möglich, da der Kanton voraussichtlich erst im nächsten Jahr Qualitätskriterien vorlegen wird. Die Abteilung Soziales kann somit nicht sagen, welche Krippe und welcher Krippenplatz schlussendlich in die Gunst der Subventionierung kommt. Das heisst, wir stimmen heute über etwas ab, über dessen Ausgestaltung morgen und übermorgen wir noch gar nichts wissen. Auch die erwähnte Leistungsvereinbarung ist noch nicht gemacht. Trotzdem soll mit der Wirkung der Vorlage am 01. Januar 2006 begonnen werden.

Ich komme zur Nachhaltigkeit der Finanzierung und der Wirkung:

Aufgrund der vorerwähnten Ausführungen kommen wir zum Schluss, dass mit dem gegebenen Betrag mehr Plätze subventionierbar wären, wenn die Maximalleistungen reduziert würden bzw. ein Sockelbetrag eingeführt würde. Damit könnten schlussendlich mehr Eltern von der Subventionierung profitieren. Oder anders formuliert, die vorgesehene Anzahl Plätze könnte mit weniger Mitteln subventioniert werden, wenn man nicht bis zu einem Ansatz von durchschnittlich 65 % gehen würde. Zu diesen 65 % möchte ich an die Familienkommission noch einen Hinweis geben: Wir haben unter anderem eine Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung konsultiert und festgestellt, dass schweizweit die Elternbeiträge bei rund 55 % liegen und ein durchschnittlicher Finanzierungssatz der öffentlichen Hand von rund 40 % ausgewiesen wird. In der Stadt Zürich liegt die Subvention bei rund 50 %. Warum sollen wir im Durchschnitt bis 65 % gehen? Ziel ist doch, dass möglichst viele Personen vom zugesprochenen Beitrag profitieren können.

Die Familienkommission hat definitiv enorme Anstrengungen unternommen, um die Anzahl Kinder in der in Frage kommenden Altersklasse sowie die Ein- und Zweielternhaushalte zu evaluieren. Im Weiteren ist auch das gesamte Kinderbetreuungsangebot in der Gemeinde Baar übersichtlich evaluiert. Was wir nicht gefunden haben, ist eine Übersicht über den Anteil der Eltern oder der Kinder, die schlussendlich in den Genuss einer Subventionierung kommen könnten. Sind es nun 3 %, 5 %, 10 % oder gar mehr? Diese Erhebungen wurden nicht gemacht. Für uns stellt sich darum auch die Frage, wie die Evaluation im Jahr 2008 erfolgen soll, wenn nicht einmal die Ausgangslage vollständig abgeklärt ist?

Zum Fazit: Einige wichtige Punkte sind unsers Erachtens nicht vollständig durchdacht oder wichtige Grundlagen noch nicht erarbeitet worden.

Hier noch einmal eine Zusammenfassung der Kritikpunkte:

- Ein einkommensabhängiges Tarifmodell existiert noch nicht.
- Qualitätsstandards an die Krippenleitung sind noch nicht definiert.
- Mit der Vorlage wird das Betreuungsangebot nicht erweitert.
- Mit den vorgeschlagenen Mitteln werden zu wenige Plätze subventioniert bzw. zu wenige Eltern kommen in den Genuss einer Subventionierung.
- Es besteht klar die Gefahr einer Substituierung der Sozialhilfe.
- Eine Leistungsvereinbarung mit den Krippen besteht noch nicht.

Eigentlich wäre dies der Zeitpunkt, nicht - wie das in der Vorlage des Gemeinderates abgedruckt ist, aber was wir effektiv wollten, konnte nicht abgedruckt werden, da der Gemeinderat die Vorlage sonst so nicht hätte bringen können - die Vorlage abzulehnen, sondern sie zur Bearbeitung zurückzuweisen. Wenn wir den Rückweisungsantrag jetzt stellen, müsste auch sofort darüber abgestimmt werden. Wir möchten die Diskussion aber laufen lassen. Wir behalten uns deshalb ausdrücklich vor, den Rückweisungsantrag vor der Verlesung der Anträge zur Vorlage einzureichen. Sollte vorgängig ein Rückweisungsantrag von anderer Seite gestellt werden, würden wir uns diesem umgehend anschliessen.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit einem Rückweisungsantrag wieder etwas Zeit verlieren. Aber das Ziel und der Erfolg könnten sein, dass schlussendlich mehr Personen von der Vorlage profitieren könnten. Wir sind uns bewusst, dass die Familienkommission befürchtet, das Projekt sei auf Jahre hinaus verschoben, wenn jetzt die Rückweisung kommt. Wir möchten mit dem Antrag jedoch verbinden, dass die Unterlagen möglichst rasch diskutiert und uns wieder vorgelegt werden. Wir haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie sich das Ganze darstellt. Die Vorlage sollte im nächsten Jahr bereits wieder vorgelegt werden.

Maya Pfister:

Die FDP unterstützt grossmehrheitlich den Antrag in der Vorlage. In Baar gibt es tatsächlich zu wenig, gut geführte Krippenplätze. Aus verschiedenen Gesichtspunkten besteht in der Bevölkerung das Bedürfnis nach Krippenplätzen. Die Vorlage für eine familienergänzende Kinderbetreuung wird verschiedenen Bedürfnissen gerecht. Sie verpflichtet nicht die Gemeinde selbst, eine Krippe zu führen, sondern sie motiviert Private, Krippen zu eröffnen. Darum kann die Gemeinde keine Bundessubventionen abholen. In der Vorlage sagt man nicht, die Gemeinde müsse eine Krippe eröffnen, dann können Subventionen abgeholt werden. Man möchte die Privaten motivieren, eine Krippe zu eröffnen, diese können Subventionen beziehen. Private können aber auch, wenn die Qualität stimmt, eine Leistungsvereinbarung - welche selbstverständlich noch ausgearbeitet werden muss - mit der Gemeinde abschliessen und können sich so Plätze subventionieren lassen, damit sie auch weniger Verdienenden angeboten werden können. Wenn man weiss, dass man die Krippe mit Kindern füllen kann, welche aus finanziell stärkeren und schwächeren Familien kommen, so hat man auch den Mut, eine Krippe zu eröffnen. Gibt es keine Subventionen, so muss man damit rechnen, dass die Krippe bald wieder schliessen muss. So eröffnet niemand eine neue Krippe. Beiträge für neue Krippenplätze gibt es vom Bund nur, wenn man neue Krippen eröffnen kann. Darum kann man mit dieser Vorlage nicht mit so etwas rechnen.

Mit diesem Konzept wird die Hilfe zur Selbsthilfe unterstrichen. Es ist tatsächlich so, dass wir in unserer Gemeinde sehr viele Alleinerziehende haben. Solche befinden sich vielfach unter dem Existenzminimum und müssen Sozialgelder beziehen. Wenn diese ihre Kinder in eine günstige Krippe geben können, so können sie eher Teilzeit arbeiten und selbst etwas erwirtschaften. Es ist auch eine Förderung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Es ist eine Gleichstellung zwischen den sozial Stärkeren und den Schwächeren.

Das Ganze ist für uns eine Unterstützung der Familien, Mut für Familien. So wagen junge Familien, welche noch kein finanzielles Polster haben, eher Kinder zu bekommen, wenn sie wissen, dass sie diese gut betreuen lassen können. Oder Ehepaare, die beide schon länger arbeiten, sagen sich, dass sie doch noch Kinder haben könnten.

Selbstverständlich möchten wir unsere Kinder nur in gute Krippen geben. Der Vorredner sagte, es gebe noch keine Standards. Das stimmt nicht! Der Schweizerische Krippenverband hat Richtlinien herausgegeben und wenn man diese erfüllt, kann man sogar Lehrlinge anstellen.

Die Leistungsvereinbarung, welche die Gemeinde ausarbeiten muss, wird sich an diesen Standards orientieren müssen. Ich habe Vertrauen in den Gemeinderat, dass er dies kann.

Ich vertraue dem Gemeinderat auch, dass er ein Tarifmodell ausarbeiten kann, das den sozialen und finanziellen Ansprüchen gerecht wird. Man legt ja auch nicht das Schulbudget dem Stimmvolk vor und dann die Umsetzung nochmals. Es ist der Gemeinderat, der dies umsetzen muss.

Die Vorlage ist sozial- und finanzpolitisch ein Gewinn für die Gemeinde. Es gibt Studien, die belegen, dass die Investitionen in eine Krippe ein Mehrfaches zurückbringen. Es reicht uns, wenn der Betrag einfach zurückkommt. Die Leute, die ihre Kinder in die Krippe geben, arbeiten in der Regel mehr, das bringt Steuergelder. Die Leute, die arbeiten gehen, beziehen weniger Sozialgelder.

Für Baar ist es ein Standortvorteil, familienergänzende Kinderbetreuung anbieten zu können. Für unseren Wirtschaftsstandort ist es wichtig, qualitativ gute Krippenplätze anbieten zu können.

Die Vorlage lässt Angebot und Nachfrage spielen. Die Gemeinde subventioniert nicht einfach irgendwelche Krippen, sondern Krippenplätze. Nach Kriterien, welche dann vorgelegt werden müssen, wenn Leistungsvereinbarung und Tarifmodell bestehen. Die vorsichtig budgetierten 65 % Selbstkosten, welche zu Lasten der Gemeinde gehen, machen nach Meinung der FDP Sinn. Wenn die Gemeinde nämlich weniger Kosten tragen muss, dann schöpft sie nicht einmal das ganze Budget aus, über welches wir jetzt abstimmen werden. Wenn sie 65 % tragen muss, dann können 50 bis 70 Kinder untergebracht werden. Wenn man das ganze Budget ausschöpfen möchte, so könnten noch mehr Kinder von den Plätzen profitieren.

Man kann nicht immer jedes Detail im Voraus regeln. Es braucht Vertrauen in den Gemeinderat und ein bisschen Mut. Darum stimmt die FDP Baar der Vorlage zu und ich bitte Sie, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen!

Beni Langenegger:

Die SVP Baar anerkennt klar die Zunahme des Bedürfnisses nach familienergänzender Kinderbetreuung, wie eine Umfrage der Abteilung Schulen / Bildung im Jahr 2001 ergeben hat. An der Parteiversammlung der SVP ist jedoch die Meinung aufgekommen, dass das Konzept Familienergänzende Kinderbetreuung eher einem Fass ohne Boden gleicht. Denn die Kosten für das Konzept im Endausbau bis 2007 von gut einer halben Million Franken für knapp 70 Kinder sind unverhältnismässig hoch. Es darf nicht sein, dass nur etwa 10 % der Eltern von diesem "Zustupf" profitieren können. Was ist denn mit all den anderen Eltern, die ihre Kinder im Vorschulalter selbst betreuen und allenfalls auf eine berufliche Tätigkeit eines Elternteils zu Gunsten der eigenen Kinderbetreuung verzichten?

Zudem drängt sich die Frage auf, nach welchem Auswahlverfahren die Krippenplätze zugeteilt werden. Der Einbezug der Firmen wird ebenfalls gelobt. Der Vorlage kann aber nicht entnommen werden, dass sich das Baarer Gewerbe beteiligt. Nachforschungen in anderen Kantonen haben ergeben, dass der Anteil der Finanzierung der Kinderbetreuung durch die Gemeinden lediglich 30 % bis 40 % beträgt. In unserer Gemeinde wäre der Anteil 65 %.

Aus all diesen Gründen stellt die SVP den Antrag, die Vorlage zur Überarbeitung zurückzuweisen und der Anteil des Gemeindebeitrages soll höchstens 40 % betragen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer

Ist der Rückweisungsantrag ein Ordnungsantrag oder können wir weiter diskutieren?

Beni Langenegger ist für die Weiterführung der Diskussion.

Martin Pfister:

Die CVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates und empfiehlt Ihnen, dem Konzept und dem Kredit zuzustimmen. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist für den Wirtschaftsstandort Baar wichtig, davon sind wir überzeugt. Das Bedürfnis ist für uns ausgewiesen und Baar setzt auf das richtige Modell, indem sie bestehende oder neu entstehende Angebote fördert. Wenn man will, dass es für gut ausgebildete und junge Paare auch in Zukunft attraktiv sein soll, Kinder zu haben, müssen wir mehr familienergänzende Angebote schaffen. Obwohl auch in Zukunft die meisten Kinder von ihren Eltern, Grosseltern und Nachbarn betreut werden, haben heute viele Eltern diese Möglichkeit nicht. Junge Familien sind zunehmend auf mehr als ein Einkommen angewiesen. Es ist für die Zukunft dieser Kinder wichtig, während der Arbeitszeit von beiden Eltern gut betreut zu werden. Das Konzept ergänzt zudem das erfolgreiche Baarer Schulzeitmodell.

Es nützt auch den traditionellen Familien, wenn Einzelkinder in einer KITA früh lernen, sich sozial zu verhalten. Wenn man seine Kinder selber betreuen kann oder Grosseltern da sind, sollte man das als Privileg betrachten und nicht als Nachteil gegenüber denen, die das aus verschiedenen Gründen nicht können.

Wir haben allerdings auch Bedenken gegenüber dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Modell. Wir bezweifeln, dass mit diesem Modell eine Durchmischung der KITA mit Kindern aus allen sozialen Schichten erreicht werden kann oder ob nicht doch wie bisher die Armen - welche öffentlich unterstützt werden - und die Reichen - welche das Geld haben - ihre Kinder in die KITA schicken werden. Wir bezweifeln auch, ob mit diesem Tarifmodell der angestrebte durchschnittliche Gemeindeanteil von 65 %, welcher vergleichsweise hoch angesetzt ist, erreicht werden kann.

Wir haben an konkreten Beispielen ein paar Berechnungen angestellt.

Die CVP stellt daher einen Zusatzantrag:

Der Gemeinderat soll eine für sämtliche Bevölkerungsschichten verträgliche Tarifordnung ausarbeiten. Bei dieser Erarbeitung soll er ausdrücklich alternative Tarifmodelle (Einheitstarif, Erhöhung des unteren Entschädigungsansatzes, Erhöhung der Einkommenshöchstgrenze) in Betracht ziehen.

Bei der Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung handelt es sich keine Massnahme der Sozialhilfe. Dafür sind andere Massnahmen vorgesehen. Es werden damit andere Ziele angestrebt und dafür fordern wir, dass ein entsprechendes Tarifmodell ausgearbeitet wird.

Zusammengefasst: Die CVP Baar empfiehlt Ihnen, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und für die familienergänzende Kinderbetreuung den vorgeschlagenen Beitrag ins Budget aufzunehmen. Die CVP Baar empfiehlt Ihnen aber auch, dem vorgelegten Zusatzantrag zuzustimmen, damit die nachhaltige Wirkung und Finanzierung auch für Mittelschichtfamilien ermöglicht wird.

Gemeinderätin Trudy Fux:

Noch etwas zur Finanzierung Gemeinde - Eltern: Hier bestehen sehr unterschiedliche Vereinbarungen. Mir liegt eine der Stadt Zürich vor, welche von der Annahme ausgeht, dass die Eltern 30 % bezahlen, nicht 50 %. Die Stadt Zug geht von einer Zielgrösse von 40 % Elternbeiträgen und 60 % Beitrag der Stadt aus. Die Handhabung ist hier sehr unterschiedlich.

Das Tarifmodell hat einen grossen Zusammenhang mit den Elternbeiträgen. Je tiefer wir mit den Ansätzen gehen, umso weniger können die Eltern beitragen und umso mehr muss die Gemeinde finanzieren. Schlussendlich gibt es einfach weniger Plätze, welche unterstützt werden können. Ich bitte Sie, die Grenze nicht noch tiefer anzusetzen.

Zu den Entwürfen des Tarifmodells: Die gezeigten Modelle waren ganz klar Entwürfe!

Je nach Gestaltung des Tarifmodells kann eine Durchmischung stattfinden oder eben nicht. Wir möchten ja, dass eine Durchmischung der Kinder stattfindet. Es ist wichtig, dass man die Grenze nicht tiefer ansetzt.

Ich bitte Sie, auf die Anträge einzugehen und die Vorlage nicht noch einmal an die Familienkommission zurückzuweisen. Geben Sie dem Gemeinderat die Kompetenz, das Tarifmodell auszuarbeiten.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wenn keine weiteren Wortbegehren vorliegen, kommen wir zu den Anträgen.

Wir haben einen Rückweisungsantrag der SVP und die RGPK schliesst sich diesem Antrag an. Wir stimmen zuerst über den Rückweisungsantrag ab.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir haben Ihnen am Anfang gezeigt, dass der Gemeinderat einen Zusatzantrag gestellt hat, damit wir keine Beschwerde erhalten. Zudem liegt der Zusatzantrag der CVP vor. Die Wortlaute sind: "Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Tarifmodell auszuarbeiten und zu erlassen." und "Der Gemeinderat soll eine für sämtliche Bevölkerungsgruppen verträgliche Tarifordnung ausarbeiten."

Zuerst stimmen wir über den Antrag des Gemeinderates ab und hernach über den Zusatzantrag der CVP, welcher eine Ergänzung darstellt.

Antrag

Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung seien im Budget 2006 CHF 374'400.– und in den Budgets 2007 und 2008 jeweils CHF 561'600.– aufzunehmen.

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Tarifmodell auszuarbeiten und zu erlassen.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Zusatzantrag CVP

Der Gemeinderat soll eine für sämtliche Bevölkerungsgruppen verträgliche Tarifordnung ausarbeiten.

Beschluss

Der Zusatzantrag wird mit einigen Enthaltungen angenommen.

Traktandum 6

Neugestaltung Umgebung Schulhaus Marktgasse / Rathaus-Schüür-Platz (Baukredit für die Ausführung der 2. und 3. Etappe)

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Dieses Geschäft kennen Sie von der letzten Gemeindeversammlung her. Als erstes hat der Kommissionssprecher Georg Lustenberger das Wort. Hernach sind Max Uebelhart und Pirmin Andermatt, Präsident der RGPK, an der Reihe. Dann ist das Wort frei für alle.

Georg Lustenberger:

An der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2005 war der Baukredit für die 2. und 3. Etappe Umgebung Schulhaus Marktgasse / Rathaus-Schüür-Platz bereits traktandiert. Damals wurde er zurückgewiesen mit der Auflage, das Projekt behindertengerechter auszuarbeiten. Zusammen mit dem verantwortlichen Landschaftsarchitekt und den Votanten wurde das Projekt so angepasst, dass alle Beteiligten mit der geänderten und behindertengerechteren Lösung einverstanden sind. Entlang der Rathaus-Schüür ist ein ca. 2,5 m breiter Wegstreifen mit Natursteinplatten in Guberstein geplant. Damit gelangt man erschütterungsfrei vom Gemeindeplatz zur Rathaus-Schüür und zum Schulhausplatz. Das Anliegen der Votanten, die wichtigsten Orte behindertengerecht zu erreichen, ist somit erfüllt. Der restliche Platz vom Rathaus bis zum Schwesternhaus wird mit der einheimischen grauen Gubersteinpflasterung (passend zum Wegstreifen in Gubersteinplatten) belegt. Mit dieser Lösung wird der einheitliche und grosszügige Platz gemäss dem Projekt der Landschaftsarchitekten beibehalten.

Die 2. Etappe umfasst die Umgebungsarbeiten vom Rathaus bis zum Schwesternhaus. Die 3. Etappe beinhaltet die Umgebungsgestaltung zwischen dem Schwesternhaus und der Leihgasse (General Andermatt-Haus). Mit dem Einbezug der 3. Etappe kann der ganze Teil zwischen Schulhaus Marktgasse und Leihgasse in einem Zuge erstellt werden.

Mit der Vorlage werden insbesondere folgende Anliegen, welche im öffentlichen Interesse sind, erfüllt:

- es entsteht ein grosszügiger, einheitlicher und ebener Platz.
- die bestehenden Treppenstufen entfallen.
- der heute teilweise in schlechtem Zustand befindliche Belag wird entfernt und durch eine durchgehende Natursteinpflasterung ersetzt.
- im Bereich General Andermatt-Haus / Schwesternhaus entsteht eine öffentlich zugängliche Grün- und Gartenfläche.
- zwischen Schwesternhaus und General Andermatt-Haus wird eine offene Pausenhalle erstellt. Sie dient sowohl der Schule, wie auch einer vielfältigen Nutzung durch die Öffentlichkeit.

Die Baukommission erachtet es als sinnvoll, beide Etappen gleichzeitig auszuführen. In diesem Sinne schlägt Ihnen die Baukommission einstimmig vor, der Neugestaltung der Umgebung Schulhaus Marktgasse / Rathaus-Schüür-Platz, 2. und 3. Etappe, gemäss Vorlage zuzustimmen.

Max Uebelhart:

Nach meinem Rückweisungsantrag, den Sie im Juni grossmehrheitlich unterstützt haben, machte sich die Abteilung Planung / Bau zügig daran, mit dem Architektenteam die Gestaltung des Schulhausplatzes Marktgasse / Rathaus-Schüür-Platz zu überarbeiten und vor allem auch Belagsvarianten abzuklären. Bereits im August wurden verschiedene Votantinnen und Votanten, welche an der letzten Gemeindeversammlung meinen Antrag unterstützt hatten, zu einer Besprechung eingeladen. Anlässlich dieser Besprechung wurden verschiedene Möglichkeiten einer behindertengerechteren Gestaltung des Platzes vorgestellt und diskutiert. Ebenfalls standen Unterlagen zu dreizehn Belagsvarianten zur Verfügung.

Wir haben uns auf den nun heute vorliegenden optimierten Projektvorschlag geeinigt. Extremvarianten wie das Asphaltieren des gesamten Platzes oder ein feinmaschiges Wegnetz kreuz und quer über den Platz wurden zwar diskutiert, aber schlussendlich verworfen.

Heute können Sie über einen guten Kompromiss und vor allem auch über eine wesentlich bessere Vorlage als im Juni abstimmen. Das Problem zwischen roter Porphyrpflasterung und grauem Guber hat sich in der Zwischenzeit auf der preislichen Ebene erledigt.

Mit dem Wegstreifen aus Natursteinplatten von ca. 2,5 m Breite rund um die Rathaus-Schüür und dem Asphaltstreifen entlang der Rathausstrasse wurden wesentliche Verbesserungen und damit eine bessere Behindertengerechtigkeit erreicht. Ebenso wurde die teure Treppe beim Schwesternhaus vorläufig aufs Eis gelegt, so dass zusammen mit einem spätern Projekt die ganze Zugänglichkeit zum Schwesternhaus neu überdacht werden kann. Das war immerhin ein Betrag von CHF 46'000.–. Ganz zum Nulltarif sind die Verbesserungen natürlich nicht zu haben. Die Mehrkosten betragen rund CHF 80'000.–.

Ich danke dem Gemeinderat für die überarbeitete und behindertengerechtere Vorlage und bitte Sie, heute allen Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Pirmin Andermatt, Präsident RGPK:

Die Anträge 1 und 3 werden von der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission einstimmig unterstützt.

Hingegen wird der Antrag 2 (Ausführung der 3. Etappe) aus folgenden Gründen mehrheitlich abgelehnt:

Im Bereich General Andermatt-Haus sollen wir mit dieser Vorlage für einen Betrag von CHF 500'000.– einen komplett neu gestalteten Platz erhalten. Ist dieser Umbau in diesem Ausmass wirklich notwendig? Unseres Erachtens nein. Wir könnten erheblich Kosten sparen, wenn man das vorhandene Terrain, welches im Bereich der Rosenbeete ja bereits grün ist, optimal nutzen und nur die Zwischenmauern abbrechen würde. Bei den jetzt bestehenden Parkplätzen könnten dann die vorgesehenen Rosenbeete gepflanzt werden. So müsste nicht der ganze Untergrund umgebaut werden.

Im Bereich Schwesternhaus ist die Nutzung jetzt noch nicht bekannt. Ein Umbau des Schwesternhauses und die Nutzung können erst zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden. Mit dem Wegfall der Parkplätze könnte aber eine Fremdnutzung des Gebäudes erschwert werden. Wir sind uns dabei bewusst, dass die Bürgergemeinde und nicht die Einwohnergemeinde Eigentümerin des Parkplatzgeländes ist. Die RGPK ist jedoch überzeugt, dass bis zur definitiven Klärung der Nutzung und Renovation eine Zwischenlösung gefunden werden könnte und die Parkplätze oder zumindest ein Teil davon noch bestehen bleiben sollte. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass die 3. Etappe erst im Zusammenhang mit der Renovation des Schwesternhauses erfolgen sollte.

Der guten Ordnung halber sei noch erwähnt, dass die RGPK nicht zu den Gesprächen mit den Votanten eingeladen wurde. Ihre Stellungnahme betraf auch nicht die 2. Etappe, sondern eben die 3. Etappe.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Jetzt folgt Tony Spillmann. Sie hat uns vorgängig schriftlich Anträge eingereicht und wünschte, dass diese in der Vorlage abgedruckt würden. Das ist jedoch nicht möglich. Sie wird ihre Anträge aber hier und heute vorbringen.

Tony Spillmann:

Ich habe schriftlich einen Antrag gestellt, damit man sich vorgängig Gedanken machen kann. Ich hätte mich gefreut, wenn mein Antrag abgedruckt worden wäre. Ich möchte, dass zwischen dem General Andermatt-Haus und dem Schulhaus ein Park entsteht. Das ist für mich sehr wichtig. Ich wurde auch nicht an die Besprechung eingeladen, warum weiss ich nicht. Wahrscheinlich wurde nur Herr Uebelhart eingeladen.

Ich bin für die Verbindung zwischen General Andermatt-Haus, Rathaus-Schüür und Schulhaus. Hier soll ein Park entstehen.

Ich bin dafür, dass man das Schwesternhaus noch behält, aber man sollte ja kein Geld mehr hineinstecken. Denn sonst kann man nie einen Park machen!

Die Glashalle können Sie ablehnen! Das ist gar nicht gesund. Sie sprechen über Elektrosmog, aber diese Glashalle ist nicht besser. Pflanzen Sie dort Kastanienbäume, dann kann man darunter sein, ob es regnet oder die Sonne scheint. Das ist viel angenehmer. Wenn Sie unbedingt diese Glashalle wollen, die ja ohnehin schon bestellt ist, dann können Sie ja links und rechts noch einen Kastanienbaum hinpflanzen. Die dienen uns dann später für den Park, den ich gerne möchte.

Jetzt zum Wichtigsten: Ich möchte ein Bächlein vom General Andermatt-Haus entlang der Mauer oder wo auch immer entlang. Für das haben Sie das Komitee. Sie könnten heute den ersten Stein setzen, dass man dort die letzte Möglichkeit nutzt, einen Platz zu machen. Ich war in Freiburg i. P. und die Bächlein, die dort fließen, sind 35 cm breit und 20 cm hoch. Da ertrinkt niemand! Die Erwachsenen können dort sitzen und die Kinder spielen. Das gibt Atmosphäre!

Wenn das Schwesternhaus einmal abgerissen wird, könnte man da Kastanienbäume pflanzen, einen Kiesboden machen, so könnten die Leute Boules spielen. Das General Andermatt-Haus eignet sich als Kulisse für Freilichttheater. Wenn Sie da Rosen hinpflanzen, da kann keiner mehr Freilichttheater spielen. Sie könnten Baar beleben, wenn Sie mir zustimmen. Der Gasser könnte dann die Hauptrolle im "Der Choleriker" spielen. Für die Jugend hat es die Spinni-Halle.

Gerne möchte ich noch wissen, wer bei diesem Komitee alles dabei ist. Wie viele Frauen sind dabei?

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wo sind denn jetzt die drei Anträge? Gelten diese?

Tony Spillmann:

Ich habe das nur gemacht, damit Sie merken, dass ich hier sprechen will!

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Nein, ich muss wissen, ob diese Anträge, die du schriftlich eingereicht hast, gültig sind.

Tony Spillmann:

Ja, die gelten. Ich bin ja nicht stur. Wenn Sie das Schwesternhaus noch ein bisschen länger haben möchten, so behalten Sie's halt noch.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Der Antrag lautet aber auf Abbruch.

Tony Spillmann:

Ja, aber das muss nicht heute und morgen sein. Ich wollte euch sagen, wie ich das sehe und darum wäre es gut gewesen, wenn ihr mich auch eingeladen hättet.

Und jetzt möchte ich wissen, wie viele Frauen in diesem Komitee sind. Da ist bestimmt keine dabei, sonst wäre nicht alles so kalt.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Ich verlese jetzt die drei Anträge, damit jeder weiss, was du willst.

1. Das Schwesternhaus sei abzureissen.
2. Bei der Platzgestaltung sei ein Naturbach zwischen dem General Andermatt-Haus und dem Schwesternhaus zu erstellen.
3. Der ganze Platz sei als naturnaher Erholungspark mit Bäumen zu gestalten.

Hier füge ich gleich an, dass wir über den Antrag 1 gar nicht abstimmen können. Erstens ist das heute nicht traktandiert und zweitens weil das Haus unter Schutz steht.

Ziehst du den ersten Antrag zurück?

Tony Spillmann:

Für heute ja. Aber für ein anderes Mal möchte ich das deponiert wissen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Der Bauchef kann zum Komitee Auskunft geben.

Gemeinderat Walter Ineichen:

Wir haben kein Komitee, das ist eine Kommission. Vor drei Jahren haben wir Ihnen ein Konzept vorgelegt, wie das zwischen dem Rathaus und dem Schwesternhaus aussehen könnte. Das war das Resultat eines Wettbewerbs. In dieser Jury waren alle Parteien vertreten, selbstverständlich auch der grösste Eigentümer (Bürgergemeinde und Steiner-Stiftung). Wir haben das Konzept vorgestellt und versprochen, dass es etappenweise nach den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde realisiert werde. Die erste Etappe wurde im Zusammenhang mit der Rückseite des neuen Gemeindehauses realisiert. Die zweite und dritte legen wir Ihnen jetzt vor und ich frage Sie - wann denn, wenn nicht heute? Heute, da Sie ja sagen zu einer Steuerfussenkung. Heute, da Sie die Prognose haben, dass es uns in den nächsten Jahren ebenfalls gut gehen wird. Die Steiner-Stiftung hat sich bereit erklärt, den bis jetzt relativ privaten Bereich um das General Andermatt-Haus herum der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Als Bodenbesitzerin hat die Stiftung kein Interesse daran, noch jahrelang die Asphaltwüste anzuschauen, nachdem das Haus mit viel Aufwand saniert worden ist.

Das Geschäft wird seit mehreren Monaten durch die ständige Baukommission begleitet. Jede Partei hat ihre Vertreter delegiert und Frauen hat es auch dabei. Wir können das Geschäft nicht noch mehr abstützen. Wir haben einen Wettbewerb durchgeführt, haben das Konzept und das Resultat vorgestellt, in der Kommission wurde alles besprochen. Aber es kann nicht sein, dass man nachher mit einem Vorschlag kommt, der ja originell sein mag, aber alles über den Haufen wirft.

Oskar Müller:

Ich spreche heute nicht in erster Linie als Präsident des Bürgerrates, sondern als Präsident der Steiner Wohnhaus-Stiftung, welche Eigentümerin des General Andermatt-Hauses ist. Sie gibt die Möglichkeit, dass man den Platz so gestalten kann, wie er jetzt vorgestellt wurde. Der Gemeinderat erwähnt auf Seite 83, dass die 2. Etappe die Öffnung des Rathaus-Schüür-Platzes gegen das Schwesternhaus und gegen das General Andermatt-Haus beinhaltet. Diese Öffnung steht und fällt mit der Mauer. Wenn diese Mauer nicht wegfällt, kann das Projekt nicht realisiert werden. Für die Stiftung hätte das Folgen. Das General Andermatt-Haus ist in Bälde fertig renoviert. Es gibt dort Wohnungen und wir müssen wissen, wie der Platz aussehen wird. Wenn die Empfehlung der RGPK, dass die 3. Etappe nicht realisiert wird, durchkommen würde, dann würde die Stiftung dem Abbruch der Mauer nicht zustimmen. Das ist die Konsequenz. Die Stiftung müsste dann eine eigene Lösung suchen, um das Grundstück entsprechend aufzuwerten.

Mit diesem Hintergrund möchte ich Ihnen beliebt machen, beiden Etappen zuzustimmen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Danke Oskar Müller.

Wenn keine weiteren Wortbegehren vorliegen, kommen wir zu den Anträgen.

Zuerst werden wir einzeln über die zwei übrig gebliebenen Anträge von Tony Spillmann abstimmen.

Antrag

Bei der Platzgestaltung sei ein Naturbach zwischen dem General Andermatt-Haus und dem Schwesternhaus zu erstellen.

Beschluss

Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen abgelehnt.

Antrag

Der ganze Platz sei als naturnaher Erholungspark mit Bäumen zu gestalten.

Beschluss

Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt.

Antrag

Für die Ausführung der 2. Etappe der Neugestaltung Schulhaus Marktgasse / Rathaus-Schüür-Platz sei ein Baukredit von CHF 1,86 Mio. zu bewilligen.

Beschluss

Der Antrag wird mit wenigen Enthaltungen angenommen.

Antrag

Für die Ausführung der 3. Etappe der Neugestaltung Schulhaus Marktgasse / Rathaus-Schüür-Platz sei ein Baukredit von CHF 500'000.– zu bewilligen.

Beschluss

Die Versammlung stimmt dem Antrag des Gemeinderates mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

Antrag

Die Baukredite erhöhen oder senken sich bis zum Zeitpunkt der Vertragsausfertigung entsprechend der Teuerung des Zürcher Baukostenindex (Stand 01. Oktober 2004). Nach Vertragsabschluss erfolgt die Berechnung der Teuerung aufgrund der jeweiligen ausgewiesenen Teuerung.

Beschluss

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Traktandum 7

Beantwortung der Motion der CVP betreffend Aufbahrungsraum in Allenwinden

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Christoph Arnold:

Ich möchte zur heutigen Situation etwas sagen und ein paar Gründe aufzählen, weshalb es für uns wichtig wäre, einen Aufbahrungsraum zu haben.

Wenn heute in Allenwinden jemand stirbt, dann muss er aus dem Dorf hinaus. Das ist traurig und passt irgendwo nicht. Für die Angehörigen, die auf Baar hinunter müssen, ist das jedes Mal mit Organisieren verbunden. Ein spontanes Besuchen ist nicht möglich, auch für die restliche Dorfbevölkerung nicht. Dann gibt es noch die Auswärtigen, die in Allenwinden herumkurven und den Aufbahrungsraum suchen.

Warum ist der Raum für uns so wichtig? Wir wollen den Verstorbenen auf diese Weise Ehre antun, indem sie im Dorf und in ihrer Umgebung bleiben können. Zweitens ist es ein Gewinn für das ganze Dorf. Der Tod gehört zum Dorfleben - so paradox das klingen mag. Drittens ist das Anteilnehmen der Dorfbevölkerung besser möglich.

Ein Gedanke zum Schluss: Mir ist bewusst, man kann das aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Man kann denken, dass das viel kostet und ob es so viele sind, die in Allenwinden sterben. Eine andere Ebene ist, ob man den Verstorbenen diese Ehre nicht erbringen kann, dass sie dort bleiben können. Ich finde, man sollte auf der zweiten Ebene argumentieren. Man wird allen - den Lebenden und den Toten - so gerechter.

Ich möchte mich hier den Worten des Bauchefs anschliessen: Wann, wenn nicht jetzt?

Martin Pfister:

Die CVP dankt dem Gemeinderat für die positive Stellungnahme zu unserer Motion für einen Aufbahrungsraum in Allenwinden. Es versteht sich, dass wir nichts fordern, was die Allenwindner selbst nicht wollen. Aufgrund von vielen Gesprächen sind wir der Meinung, dass ein klarer Bedarf besteht. Ich habe mir vom Gemeinderat in dieser Frage mehr Mut gewünscht. Es gibt Fragen, welche nur wenige betreffen und welche doch Auswirkungen auf alle haben. Ich bezweifle, ob man der Frage des Trauerns, von welcher man sporadisch betroffen ist, mit einer Umfrage gerecht werden kann. Wir hoffen einfach, dass die Umfrage am Schluss nicht teurer wird als der Aufbahrungsraum selbst.

Wir unterstützen natürlich den Antrag des Gemeinderates, unsere Motion erheblich zu erklären.

Erich Andermatt:

Mein Vorredner, Christoph Arnold, hat schon viel von dem gesagt, was ich hier ebenfalls vorbringen wollte. Ich bin Mitglied der FDP und kann hier sagen, dass unsere Partei grossmehrheitlich hinter dem Antrag steht, in Allenwinden einen Aufbahrungsraum zu erstellen.

Die Gründe dafür hat bereits Christoph Arnold vorgebracht. Einerseits ist Allenwinden geographisch gesehen ein eigenes Dorf. Das Trauern ist mit einem grösseren Aufwand verbunden, da unsere Verstorbenen in Baar liegen. Wir erachten das als nicht sehr menschenwürdig. Es sind viele Emotionen im Spiel. Nicht alle Leute können sich organisieren und nach Baar fahren, ins-

besondere die Älteren, Gebrechlichen wie auch die Kinder. Es ist uns ein grosses Anliegen, unsere Verstorbenen in Würde, Anstand und Respekt verabschieden zu können. Wenn ich dann höre, dass man in Allenwinden Erfassungen machen will, obwohl wir grossmehrheitlich dafür sind, dann empfinde ich das als beleidigend.

In diesem Sinne zähle ich auf Ihre Solidarität mit uns Allenwindner und appelliere an Sie, dass Sie dem Geschäft zustimmen.

Gemeinderat Hans Steinmann:

Es ist erwähnt worden, der Gemeinderat habe den Mut verloren und wolle vor einer allfälligen Realisierung des Aufbahrungsraumes eine Umfrage machen. Ich empfehle jemandem von Allenwinden, vielleicht den Antrag zu stellen, auf die Umfrage zu verzichten und unverzüglich die Planung an die Hand zu nehmen. So könnten wir uns die Umfrage ersparen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Das ist ein unüblicher Vorgang, aber vielleicht ein vernünftiger. Ist jemand von Allenwinden bereit, den Antrag zu stellen?

Martin Pfister stellt den Antrag, auf die Umfrage zu verzichten.

Wir haben im Gemeindegesetz den Artikel, dass, wenn man von einem Antrag die Auswirkungen nicht weiss, zuerst Abklärungen getroffen werden müssen. Hier gibt es aber nichts abzuklären. Wir kennen die Auswirkungen, wenn Sie dem Antrag zustimmen, die Umfrage nicht durchzuführen und die Motion zu bearbeiten. Dann können Sie dannzumal bestimmen, ob die Aufbahrungshalle gebaut werden soll oder nicht.

Es besteht ein Antrag des Gemeinderates sowie der zweite Antrag von Martin Pfister, auf die Umfrage zu verzichten und direkt eine Vorlage für den Aufbahrungsraum auszuarbeiten.

Der Wortmeldung aus dem Saal, zuerst über die Erheblicherklärung der Motion abzustimmen, wird nachgekommen.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Jawohl, wir erklären die Motion zuerst erheblich oder nicht. Erst dann folgt der Zusatzantrag von Martin Pfister.

Wenn alle einverstanden sind und keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Antrag

Die Motion der CVP Baar betreffend Aufbahrungsraum in Allenwinden sei erheblich zu erklären.

Beschluss

Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Antrag

Es sei auf die Umfrage zu verzichten und eine Vorlage für die nächste Gemeindeversammlung auszuarbeiten.

Beschluss

Der Antrag wird mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Traktandum 8

Beantwortung der Interpellation der SGA zum Zentrum Oberdorf

Die Vorlage des Gemeinderates vom 21. November 2005 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir konnten die Interpellation noch abdrucken, haben jedoch mit der Antwort zugewartet, da wir den aktuellsten Stand in der heutigen Beantwortung verarbeitet haben wollten.

Wir verzichten auf ein Verlesen der Eingabe und gehen direkt zur Beantwortung der Fragen.

Stellungnahme des Gemeinderates

Vorweg möchten wir die Grundhaltung zu Einkaufszentren gemäss Ortsplanungsrevision 2005 festhalten. In der Kernzone von Baar sind Einkaufszentren erwünscht, um das Zentrum zu stärken. In der Bauordnung sind entsprechende Bestimmungen aufgenommen worden. Ein florierendes Einkaufszentrum im Oberdorf, als Ergänzung des Angebotes im Dorfkern, entspricht somit den Zielsetzungen der gemeindlichen Ortsplanung.

Frage 1

Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation im Einkaufszentrum Oberdorf?

Der Gemeinderat bedauert, dass das Einkaufszentrum Oberdorf zur Zeit nicht attraktiv wirkt. Eine gewisse Verteilung des Angebots innerhalb der Kernzone sowie auch innerhalb des Siedlungsgebietes ist erwünscht, um unnötige Fahrten zu vermeiden und Baar als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu halten. Der Gemeinderat ist deshalb daran interessiert, dass das Zentrum Oberdorf den heutigen Bedürfnissen angepasst und wieder belebt wird.

Frage 2

Steht der Gemeinderat in Kontakt mit der Eigentümerin Lorze AG und ihrem Besitzer Adrian Gasser?

Der Gemeinderat steht mit Adrian Gasser bezüglich verschiedener Themen in Verbindung. Was das Zentrum Oberdorf betrifft, ist zu erwähnen, dass der Gemeinderat am 3. September 2003 für den Umbau des Ladengeschosses eine Baubewilligung erteilt hat. Die Gültigkeitsdauer wurde vor kurzem um ein Jahr bis zum 2. September 2006 verlängert. Aufgrund der Baugesuchspläne ist beabsichtigt, die Ladenfläche für den Grossverteiler um rund 300 m² zu vergrössern und die übrigen Läden umzubauen bzw. zu sanieren sowie die heute offene Verkaufsgasse zu überdachen und gegen aussen mittels Glaswänden zu schliessen. Anscheinend besteht jedoch die Absicht das bewilligte Umbauprojekt anzupassen, da im letzten Monat von unserer Abteilung Planung / Bau eine entsprechende Bauanfrage beantwortet wurde.

Frage 3

Hat der Gemeinderat Gespräche geführt über die ausbleibende Sanierung des Zentrums? Mit welchem Ergebnis?

An einer Besprechung vom 8. April 2005 signalisierte Adrian Gasser, dass eine Sanierung des Zentrums in absehbarer Zeit erfolgen würde. Seither hat die Abteilung Präsidiales / Kultur vergebens versucht, weitere Informationen zu erhalten.

Frage 4

Wie lange will der Gemeinderat Baar weiter zusehen, wie Läden verschwinden, wie Arbeitsplätze im Detailhandel verloren gehen und wie ein einst attraktives Quartierzentrum immer mehr Schaden nimmt?

Es ist nicht im Interesse der Gemeinde, dass Läden verschwinden und Arbeitsplätze verloren gehen. Doch die Möglichkeiten der Gemeinde sind beschränkt. Sie kann keinen Eigentümer zwingen, ein Ladengeschäft zu betreiben oder Arbeitsplätze zu retten. Dass durch die Schliessung von Läden auch die Attraktivität eines Zentrums abnimmt, ist leider eine logische Folge.

Frage 5

Was unternimmt der Gemeinderat, um eine möglichst schnelle Sanierung des Zentrums zu erreichen?

Eine gesetzliche Grundlage, eine Sanierung zu erwirken besteht nur soweit, als Sicherheitsaspekte missachtet würden. Inwieweit eine Sanierung erfolgt oder nicht, ist allein Sache des Grundeigentümers.

Frage 6

Im erwähnten Artikel der Neuen Zuger Zeitung schliesst die Eigentümerin einen Verkauf des Zentrums nicht aus. Ist der Gemeinderat in solche Verkaufsgespräche involviert? Ist er behilflich auf der Suche nach neuen Investoren?

Das Gespräch vom 8. April 2005 mit der Eigentümerin der Liegenschaft hat ergeben, dass momentan keine Verkaufsabsichten bestehen. Der Gemeinderat hat daher auch keinen Kontakt zu möglichen Investoren oder Kaufinteressenten. Es ist auch nicht die Aufgabe der Gemeinde, in den Immobilienhandel einzugreifen bzw. nur dann, wenn Liegenschaften für gemeindliche Zwecke oder Aufgaben benötigt werden.

Frage 7

Ein Quartier wie das Oberdorf lebt nicht allein von den Einkaufsmöglichkeiten. Denkbar wären zum Beispiel öffentliche Räume für die Quartierbevölkerung oder kulturelle Aktivitäten. Der Ideenspielraum ist gross. Ist der Gemeinderat bereit, mit eigenen Aktivitäten das Zentrum wieder lebendig zu machen?

Die Gemeinde verfügt u.a. mit den vorhandenen Schulhäusern, der Rathaus-Schür, der Waldmannhalle, dem Gemeindesaal und den Jugendräumlichkeiten über eine sehr gute Infrastruktur für kulturelle Angebote. Diese gilt es primär zu nutzen. Das Vereinsleben sowie die kulturellen Angebote in Baar dürfen als ausreichend bezeichnet werden. Der Gemeinderat sieht hier keinen Handlungsbedarf.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Das ist die Antwort des Gemeinderates. Möchte die Interpellantin das Wort dazu?

Anna Lustenberger:

Die spezielle Erwähnung der Geschäftsleute und der Konsumenten in der Einleitung sagt bereits alles. Die SGA Baar ist besorgt über den gegenwärtigen Zustand des Einkaufszentrums Oberdorf. Ein attraktives Kleinzentrum in diesem Teil von Baar ist wichtig für die Bewohner und Bewohnerinnen, für Familien und ältere Menschen, für die geschäftlichen Mieter, eigentlich für die ganze Gemeinde. Jetzt ist es dort alles andere als attraktiv. Oder, wann sind Sie das letzte Mal dort einkaufen gegangen?

Umso erfreuter nimmt die SGA Baar einen Teil der gemeinderätlichen Antwort zur Kenntnis. "Ein florierendes Zentrum im Oberdorf entspricht den Zielsetzungen der gemeindlichen Ortsplanung.". Entsprechend erwartet die SGA auch, dass der Gemeinderat Druck auf die Eigentüme-

rin, also auf Adrian Gasser macht. Mit Abwarten allein wird das Zentrum nämlich nie saniert. Aus der Antwort des Gemeinderates haben wir gehört, dass die öffentliche Hand sehr wenig Mittel hat. Dass letztlich ein Eigentümer mit seinem Eigentum machen kann, was er will, ist schade. Ich möchte speziell Herrn Adrian Gasser daran erinnern, dass Eigentum auch verpflichtet, dass Eigentum auch mit Verantwortung verbunden ist. Grund und Boden im Zentrum einer Gemeinde - Grund und Boden mit einer Dienstleistungsfunktion für die Allgemeinheit - ist nicht einfach eine gewöhnliche Ware, mit welcher der Eigentümer machen kann was er will. Er hat eine Verantwortung. Und ich appelliere an Herrn Adrian Gasser, diese Verantwortung endlich wahrzunehmen.

Die Gemeinde hat einen Zeitrahmen gesteckt; die Baubewilligung für den Umbau des Ladengeschosses ist bis zum 2. September nächsten Jahres verlängert worden. Drei Jahre sollten reichen, den Umbau und die Sanierung zu realisieren. Meine Hoffnung ist allerdings nicht sehr gross: Wie wir aus der Antwort des Gemeinderates auf die Frage 3 gehört haben, hat die Abteilung Präsidiales / Kultur seit dem 8. April vergeblich probiert, weitere Informationen zu erhalten. Ein halbes Jahr lang keine Antwort geben, auf eine Anfrage des Gemeindepräsidenten. Ein solches Verhalten kann sich wahrlich nicht jeder Bürger leisten. Ob es einfach arrogant oder schlicht unanständig ist, darüber kann sich jeder selber Gedanken machen.

Zum Schluss: Die SGA Baar dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Wir erwarten, dass der Gemeinderat am Ball bleibt, dem Zentrum Oberdorf seine Aufmerksamkeit schenkt und die Bevölkerung über die weitere Entwicklung informiert.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir sind am Ball und versuchen, weiterhin am Ball zu bleiben. Was immer das auch heissen mag!

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der SGA Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beantwortung der Interpellation der FDP Baar betreffend "Finanzkontrolle der Gemeinde Baar"

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Wir kommen zur nächsten Interpellation. Diese ist nicht abgedruckt, da sie erst nach der Drucklegung bei uns eingegangen ist.

"Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die FDP Baar, vertreten durch Maja Dübendorfer Christen und Andreas Tresch, reichte am 31. Oktober 2005 eine Interpellation ein mit folgenden Feststellungen und Fragen:

1. Feststellungen

Infolge des steten Wachstums der Gemeinde Baar und im Rahmen der neuen Gemeindeordnung wurden die Aufgaben der ehemaligen Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) ausgeweitet. Der daraus resultierende beträchtliche Mehraufwand, den die Mitglieder der RGPK infolge dessen zu leisten haben, ist heute ohne Entlastung kaum mehr seriös zu bewältigen.

Die FDP Baar ist daher der Ansicht, dass die Finanzkontrolle der Gemeinde Baar neu überdacht werden muss. In die damit zusammenhängenden Überlegungen müsse die bevorstehende Pensionierung des heutigen Finanzsekretärs miteinbezogen werden.

2. Fragen der FDP Baar an den Gemeinderat

a) Wie sieht der Gemeinderat die zukünftige Organisation der Finanzabteilung?

Die Abteilung Finanzen / Wirtschaft der Gemeinde Baar ist bei einer Bilanzsumme von zwischenzeitlich über CHF 120 Mio. sehr schlank organisiert. Die Abteilung beschäftigt vier Personen im Vollamt.

Hans Müller wird voraussichtlich Mitte 2007 pensioniert. Bereits im Juni dieses Jahres wurde darum eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Nachfolgeregelung, der zukünftigen Ausgestaltung des Arbeitsplatzes sowie dem Aspekt des Controlling auseinandersetzt.

Der Bereich Controlling ist innerhalb der Gemeinde Baar zu verstärken. Zur Zeit will sich der Gemeinderat noch möglichst alle Optionen offen halten.

Bei den bevorstehenden Entscheiden gilt es auch zu berücksichtigen, wie weit die Gemeinde Baar den Ausbau einer echten Kosten- und Leistungsrechnung vorantreiben will.

b) Welche Position nimmt dabei die RGPK ein? (Was sind ihre Aufgaben, in welchem Umfang, mit welchen Kompetenzen, mit welchen Mitteln, usw.?)

Die Aufgaben und Kompetenzen der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) werden in Art. 26 der Gemeindeordnung umschrieben. Diese Bestimmung wiederum stützt sich auf das kantonale Gemeindegesetz.

Im Kommentar zur Gemeindeordnung, welche seit dem 1. Januar 2002 in Kraft ist, wird festgehalten, dass der RGPK neben der ihr neu zugewiesenen Geschäftsprüfungstätigkeit vor allem die Prüfungsarbeit im Sinne des Gemeindegesetzes zukommt.

Der Gemeinderat ist sich bewusst darüber, dass eine Abgrenzung zwischen Geschäfts- und Rechnungsprüfung nicht sehr einfach ist. Ebenso treten ab und zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Gemeinderat und RGPK betreffend Umfang und Schwerpunktsetzung der Prüfungsarbeit auf. Im gemeinsamen Gespräch konnten bis heute jedoch diese Differenzen immer wieder ausgeräumt werden.

Grundsätzlich verhält es sich so, dass die RGPK den Umfang und die Art und Weise ihrer Arbeit selbst bestimmt. Ihr steht 2006 ein eigenes Budget von CHF 52'100.- zur Verfügung und sie kann selbständig Aufträge an externe Revisionsstellen erteilen.

Tatsache ist aber auch, dass die RGPK aufgrund ihrer Ausgestaltung als Milizorganisation Schwerpunkte setzen und klare Schnittstellen festlegen muss. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass nach Auswertung der Erfahrungen der ersten Jahre die Zusammenarbeit und die Schwerpunktsetzung überprüft und punktuell angepasst werden müssen. Ziel ist es auf jeden Fall, dass die RGPK-Arbeit miliztauglich bleibt.

c) Will der Gemeinderat die Mehraufwendungen mittels einer neuen Stelle abdecken oder zieht dieser allenfalls eine Erhöhung der auswärts zu vergebenden Aufgaben in Betracht?

Zuerst wird versucht, mit der Neubesetzung des Finanzsekretärs und mit internen Massnahmen das Controlling zu verstärken. Nicht auszuschliessen ist jedoch eine Erhöhung der extern zu vergebenden Mandate. Wie ausgeführt hält sich hier der Gemeinderat alle Optionen offen.

Aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums unserer Gemeinde sieht der Personalplan im Jahre 2007 betreffend der Abteilung Finanzen / Wirtschaft eine Aufstockung um eine Stelle vor. Der Stellenausbau wird jedoch nur bei klar ausgewiesenem Bedarf umgesetzt.

d) Sind bereits erste organisatorische Veränderungen vorgenommen worden? Wenn ja, welche?

Interne organisatorische Änderungen wurden bis heute nicht vorgenommen. Die Finanzabläufe in unserer Gemeinde sind transparent und die Prüfungsergebnisse geben zu keinerlei Besorgnis Anlass. Hingegen wird regelmässig mit der RGPK und deren Präsident das Gespräch gesucht und darauf hingewiesen, dass zwecks Reduktion des Prüfungsaufwandes - sicher seitens des Gemeinderates - Abklärungen auch direkt mit den Abteilungsleitern und dem Finanzsekretär getroffen werden können.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der FDP sei Kenntnis zu nehmen.

Daniel Abt:

Vorweg möchte ich dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation danken. Es freut uns, festzustellen, dass er die bevorstehenden Veränderungen in der Abteilung Finanzen / Wirtschaft erkannt hat und mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe bereits erste Schritte eingeleitet hat.

Ich möchte bei der Beantwortung der Frage b) eine Klammer anfügen:

Ein Teil der Antwort lautet "Ebenso treten ab und zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Gemeinderat und RGPK betreffend Umfang und Schwerpunktsetzung der Prüfungsarbeit auf. Im gemeinsamen Gespräch konnten bis heute jedoch diese Differenzen immer wieder ausgeräumt werden.". Ich frage mich natürlich schon, wo der Hund begraben liegt, wenn es immer wieder Diskussionen in beachtlichem Ausmass gibt und die RGPK mit dem Gemeinderat nicht immer auf gleicher Wellenlänge liegt. Ich möchte diese Frage an den Gemeinderat weitergeben: Gedenken Sie etwas dagegen zu unternehmen, dass in Zukunft Gewichtung und Umfang der RGPK klar definiert sind und solche Diskussionen unterbunden werden können.

Zum Schluss wünsche ich dem Gemeinderat viel Erfolg bei der Umsetzung seiner Aufgabe.

Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer:

Danke für das Votum. Es ist zwar nicht üblich, nach einer Interpellationsbeantwortung noch weitere Fragen zu beantworten, aber hier sei doch eine Bemerkung erlaubt. Es steht alles in der Beantwortung. Wir haben hie und da Differenzen und es wäre schlecht, wenn wir das nicht hätten. Wenn wir immer - ich sage es ganz deutlich - "Süihäfeli und Süideckeli" wären, so würde wohl nichts gescheit geprüft. Wir haben ab und an Differenzen, aber wir geben in der Beantwortung auch Ausdruck, dass mit Gesprächen noch immer eine Lösung gefunden werden konnte. Mehr kann ich dem nicht mehr anfügen. Wir werden auch inskünftig alles gut miteinander aufs Gleis bringen.

Wir sind am Ende unserer Gemeindeversammlung angelangt. Ich danke Ihnen für das motivierte und gute Mitarbeiten. Es ist nicht in allen Gemeinden so wie bei uns. Bei uns kann auch in den Versammlungen immer eine gute Kultur gepflegt werden.

In nächster Zeit werden Sie von uns wieder die Jahresziele fürs 2006 und die Kommentierung der Jahresziele 2005 erhalten. Der Gemeinderat wünscht Ihnen für das neue Jahr alles Gute, gute Gesundheit und wir freuen uns auch im 2006 auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit!

Im Anschluss an die Gemeindeversammlung offeriert die Einwohnergemeinde den Anwesenden einen Apéro.